



H

Antrag Nummer/Jahr

an den Oberbürgermeister der Stadt Heilbronn

Stadträtin/Stadtrat:

Mikov / Dagenbach

Fraktion/Gruppierung:

AfD / PRO

Datum:

22.7.2026

- ☒ Antrag zu Gemeinderatsdrucksache Nr. **177 / 161 / 187 / 2026**
- ☐ Antrag auf Unterrichtung gem. § 24 Abs. 3 Gemeindeordnung
(erforderliches Quorum: namens einer Fraktion oder 1/6 der Stadträte/-innen)
- ☒ Antrag auf Beratung und Beschlussfassung gem. § 34 Abs. 1 Gemeindeordnung
(erforderliches Quorum: namens einer Fraktion oder 1/6 der Stadträte/-innen)

Prüfung der verkehrlichen und ökologischen Auswirkungen einer Verlagerung der Fachklinik Löwenstein

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, **vor** einer endgültigen Entscheidung über die Schließung der Fachklinik Löwenstein und die Verlagerung der Leistungen auf andere Standorte eine umfassende Verkehrs- und Umweltfolgenabschätzung vorzulegen.

Dabei sind insbesondere folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie viele Beschäftigte würden künftig täglich zu den Standorten Heilbronn und Bad Friedrichshall pendeln?
2. Mit wie vielen zusätzlichen Fahrten von Patientinnen und Patienten sowie Besucherinnen und Besuchern ist an den jeweiligen Standorten zu rechnen?
3. Welche Veränderungen des motorisierten Individualverkehrs sind infolge der Standortverlagerung zu erwarten?
4. Welche zusätzlichen CO₂-Emissionen entstehen durch längere Arbeits-, Patienten- und Besucherwege?
5. Welche Auswirkungen ergeben sich auf das bestehende Verkehrsaufkommen sowie die Parkplatzsituation an den betroffenen Standorten?
6. Welche zusätzlichen Investitionen in Parkflächen, Verkehrsanlagen und die Verkehrsinfrastruktur wären erforderlich?
7. Welche Maßnahmen sind vorgesehen, um den öffentlichen Personennahverkehr zu stärken und zusätzlichen Individualverkehr zu vermeiden?
8. Wie wird sichergestellt, dass die Klimaschutzziele, der Klimaschutz-Masterplan sowie die Ziele des Mobilitätskonzepts der Stadt Heilbronn durch die Verlagerung nicht beeinträchtigt werden?

**H**

9. Welche Auswirkungen ergeben sich für die Anwohnerinnen und Anwohner durch zusätzliches Verkehrsaufkommen, Lärm sowie Luftschadstoff- und CO₂-Emissionen?
10. Welche konkreten Ausgleichs- oder Minderungsmaßnahmen sind vorgesehen, falls sich erhebliche zusätzliche Verkehrs- oder Umweltbelastungen ergeben?

Begründung

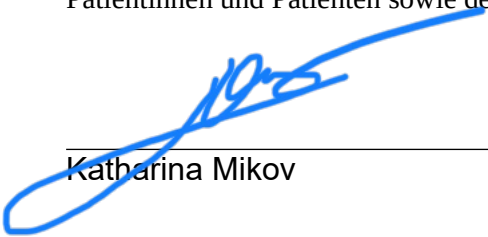
Die Stadt Heilbronn hat sich mit ihrem Klimaschutz-Masterplan, ihrem Mobilitätskonzept und weiteren Beschlüssen ambitionierte Ziele zur Reduzierung der CO₂-Emissionen, zur Förderung des öffentlichen Verkehrs sowie zur Verringerung des motorisierten Individualverkehrs gesetzt.

Die beabsichtigte Verlagerung der Fachklinik Löwenstein nach Heilbronn und Bad Friedrichshall dürfte jedoch zu zusätzlichen Pendlerverkehren von Beschäftigten, längeren Anfahrtswegen für Patientinnen und Patienten sowie einem höheren Besucheraufkommen führen. Daraus können erhebliche Auswirkungen auf das Verkehrsaufkommen, den Parkraumbedarf, die Lärmbelastung und die CO₂-Bilanz entstehen.

Vor diesem Hintergrund ist es zwingend erforderlich, dass die Verwaltung nachvollziehbar darlegt, wie diese Auswirkungen mit den selbst beschlossenen Klima- und Mobilitätszielen vereinbar sind. Andernfalls entsteht der Eindruck, dass diese Ziele bei grundlegenden Strukturentscheidungen nicht mit der gleichen Konsequenz angewendet werden, wie sie gegenüber Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen eingefordert werden.

Der Gemeinderat benötigt daher vor einer endgültigen Entscheidung eine belastbare und transparente Entscheidungsgrundlage. Diese muss neben medizinischen und wirtschaftlichen Aspekten auch die verkehrlichen, ökologischen und infrastrukturellen Folgen der Standortverlagerung umfassend bewerten.

Nur auf dieser Grundlage kann der Gemeinderat seiner Verantwortung gerecht werden und eine sachgerechte, nachhaltige und zukunftsorientierte Entscheidung im Interesse der Beschäftigten, der Patientinnen und Patienten sowie der Bürgerinnen und Bürger treffen.



Katharina Mikov

Alfred Dagenbach